

Knackpunkt Wohnungssuche

Verwaltung stellt Konzept und Zahlen für die Integration von Flüchtlingen vor

VON ULF STÜWE

Lüneburg. Unterkünfte, Unterkünfte, Unterkünfte – noch vor einem Jahr gab es in der Stadt fast nur ein Thema: Wohin mit den vielen Flüchtlingen? Monatelang war die Verwaltung im Dauereinsatz, um den Hilfesuchenden ausreichend Quartier anbieten zu können. Dass die Situation sich schon wenige Wochen später deutlich entspannte, war nicht absehbar, ein Großteil der geplanten Unterkünfte wird nicht mehr gebraucht. Das Thema Flüchtlinge ist damit aber noch längst nicht vom Tisch, wie im jüngsten Sozialausschuss deutlich wurde.

Rund 2000 Flüchtlinge sind seit 2013 nach Lüneburg gekommen, die Hälfte davon während der großen Fluchtwelle zwischen Ende 2014 und Anfang 2016. Im Eiltempo stellte die Stadt die dringend benötigten Gemeinschaftsunterkünfte bereit, 14 insgesamt, die dezentral im Stadtgebiet verteilt sind, um die Integration der neuen Mitbewohner zu fördern, wie Sozialdezernentin Pia Steinrücke im Ausschuss berichtete. Weil von den 1300 Plätzen in den Gemeinschaftsunterkünften aber aktuell nur noch rund 700 belegt sind, wurden sieben Einrichtungen mit rund 400 Plätzen zwischenzeitlich wieder abgebaut.

Aufenthaltsdauer in Unterkünften nimmt zu

Für 2017 rechnet die Stadt aktuell mit 162 Flüchtlingen, die per Zuweisung nach Lüneburg kommen, des Weiteren mit bis zu 300 Personen im Rahmen des Familiennachzugs. Allerdings werden laut Stadt etwa 150 Personen die Gemeinschaftsunterkünfte wieder verlassen, sobald sie als Asylbewerber anerkannt sind. Unterm Strich wird es daher vermutlich einen weiteren Anstieg geben, der laut Steinrücke aber auch mit der längeren Aufenthaltsdauer in den Einrichtungen verbunden ist: „Das liegt zum einen an den Anerkennungsver-



Zu Hochzeiten gab es 14 Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge im Lüneburger Stadtgebiet. Dazu zählen auch diese Neubauten in Oedeme. Inzwischen hat die Stadt sieben Einrichtungen wieder abgebaut. Foto: t&w

fahren, die inzwischen deutlich schneller gehen, und der schwierigen Wohnsituation in der Stadt.“ Rund 300 Personen mit einer Anerkennung leben derzeit noch in den Unterkünften. Sollte der Bedarf wieder steigen, könnten die Gemeinschaftsunterkünfte Böhmholzer Weg und Vrestorfer Weg II reaktiviert werden.

Den Schwerpunkt der Flüchtlingsarbeit sieht die Sozialdezernentin aber in der weiteren Integrationsarbeit. So sind aktuell 17 Sozialarbeiter in der Flüchtlingssozialarbeit eingesetzt, von denen jeder einzelne durchschnittlich 75 Fälle als erste Ansprechpartner unter anderem bei Behördengängen betreue.

Weil der Anteil von Familien an der Gesamtzahl der Geflüchteten seit 2013 stetig gestiegen sei, komme auch der Integrationsarbeit in Krippen, Kitas und Schulen besondere Bedeutung zu – mit entsprechenden Auswir-

kungen auf den städtischen Haushalt, wie Steinrücke deutlich machte. So entstünden für die 110 in den städtischen Kindertagesstätten untergebrachten Flüchtlingskinder Investitionskosten von 1,2 Millionen Euro, benötigt für die Errichtung von fünf zusätzlichen Kita-Gruppen.

„Es werden noch mehr Kosten auf uns zukommen.“

Pia Steinrücke
Sozialdezernentin

Deutlich höher ist der Finanzbedarf an den Schulen. Hier besuchen gegenwärtig 179 Flüchtlingskinder eine Grundschule,

ebenfalls 179 eine weiterführende Schule. Für die Errichtung entsprechender Grundschulräume hat die Stadt 1,8 Millionen Euro ermittelt, 2,2 Millionen Euro für Unterrichtsräume an den weiterführenden Schulen. Bei Letzteren hofft sie auf Entlastung in Höhe von mindestens rund 700 000 Euro aus der Kreisschulbaukasse, dazu liefen derzeit entsprechende Gespräche mit dem Landkreis. Weil aber mit weiterem Familiennachzug zu rechnen sei – aktuell geht die Stadt von mindestens 275 Personen bis Ende des Jahres aus – werden die Kosten wohl noch steigen.

Für die 2000 in der Stadt lebenden Flüchtlinge und anerkannten Asylbewerber weist die Stadt unterm Strich einen Jahresfinanzbedarf von rund 17 Millionen Euro auf, davon soll der Landkreis nach gegenwärtigem Stand rund 14,2 Millionen Euro übernehmen. Pro Flüchtling wer-

den damit 8250 Euro pro Jahr veranschlagt, davon würde die Stadt 1427 Euro tragen. Hinzu kämen rund 5,8 Millionen Euro für Investitionen.

Unterstützung von Bund und Land gefordert

„Es werden aber noch mehr Kosten auf uns zukommen“, sagt Steinrücke. Denn es sei unsicher, wie viele der anerkannten Asylbewerber aus dem ländlichen Raum künftig nach Lüneburg wechseln. „Wichtig ist, dass hier Unterstützung von Bund und Land erfolgt. Es geht um Integrationskosten, die übernommen werden müssen. Aber nicht von den Kommunen“, fordert Steinrücke.

Bei den Ausschussmitgliedern fand der Entwurf der Verwaltung breite Zustimmung. „Es ist eine gute gedankliche Durchdringung mit einer guten Analyse“, lobte Ausschussvorsitzender Ernst Bögershausen die Arbeit.